

Kommentar:

Aus für die 'United Front'?



Congress-Präsident Sitaram Kesri (Foto: Shankar Chakravarty)

Ende März hat die 'Congress'-Partei unter ihrem Vorsitzenden Sitaram Kesri die Koalitionsregierung der 'United Front' und die indische Öffentlichkeit mit der Entscheidung überrascht, der Regierung unter Premier Gowda die Unterstützung zu entziehen. Wenn der 'Congress' diese Entscheidung nicht noch einmal überdenkt, bedeutet dies, daß Gowda möglicherweise kurz vor dem Ende seines ersten Amtsjahres als Premierminister seinen Posten aufgeben und die indische Wählerschaft sich auf Neuwahlen einstellen muß.

Zur Erinnerung: Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr gelang es der hindu-konservativen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) mit 193 Sitzen die stärkste Kraft in der 'Lok Sabha' zu werden, während die 'Congress'-Partei nur 140 Sitze erlangen konnte. Nachdem die BJP vergeblich versucht hatte, die für eine Regierungsbildung notwendige Mehrheit zu erhalten, formten 14 Parteien eine Koalitionsregierung, die sie 'Vereinigte Front' nannten. Mit insgesamt nur 186 Abgeordneten ist dieses Koalitionsbündnis jedoch auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, die bis jetzt auch vom 'Congress' gewährt wurde.

Am 11. April wird sich Deve Gowda nun einem Mißtrauensvotum im Parlament stellen müssen, bei dem es ihm angesichts der Mehrheitsverhältnisse schwerfallen wird, genügend Abgeordnete hinter sich zu bringen, um an der Macht zu bleiben. Seine einzige Hoffnung besteht darin, daß nicht alle 'Congress'-Abgeordneten der Entscheidung ihres Fraktions- und Parteivorsitzenden Kesri folgen. Der 'Congress' ist über die Frage der weiteren Unterstützung der Gowda-Regierung sicherlich gespalten, und die 'Congress'-Fraktion ist an der Entscheidung über den Entzug der Unterstützung nicht beteiligt worden. Doch ob diese dazu führen wird, daß genügend 'Congress'-Abgeordnete für Gowda stimmen werden, muß abgewartet werden. Ebenso gering ist die Hoffnung, daß der 'Congress' seine Entscheidung bis dahin noch einmal überdenkt und die Verweigerung der Unterstützung der 'United

Front'-Regierung lediglich als Druckmittel gegen die Gowda-Regierung verwendet, um von dieser politische Zugeständnisse zu erpressen. Kesri hatte zuletzt immer wieder gefordert, an den politischen Entscheidungen der Regierungskoalition stärker beteiligt zu werden. Ob dies jedoch tatsächlich Kesris Motivation für seinen überraschenden Schlag gegen die Regierung ist, bleibt unklar. In einem Brief an den indischen Präsidenten Shankar Dayal Sharma erläutert der 'Congress'-Präsident die Gründe für seine Entscheidung. Neben anderen gibt er an, die 'United Front' habe es nicht geschafft, das Vordringen kommunistischer Kräfte einzudämmen. Auch lasse die Wirtschaftspolitik keine klare Linie erkennen. Insgesamt sei es der Koalition offensichtlich lediglich daran gelegen, den 'Congress' zu marginalisieren. Premier Gowda sei mehr damit beschäftigt, die verschiedenen widerstreitenden Kräfte in der Koalition zusammenzuhalten, als sich um seine eigentlichen Aufgaben als Regierungschef zu kümmern. Der 'Congress' sehe sich daher gezwungen, der Regierung die Unterstützung zu entziehen.

Zwar ist es wahr, daß die bisherige Amtszeit von Deve Gowda von Anfang an von politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Koalitionspartnern geprägt wurde, die auch immer wieder die öffentliche Diskussion bestimmten. Doch haben diese Diskussionen auch von den politischen Erfolgen der Regierung Gowda abgelenkt. Ein Blick auf die bisherige Regierungstätigkeit Gowdas und die gegenwärtige außen- wie innenpolitische Situation zeigt, daß Kesri sich keinen ungünstigeren Zeitpunkt für seine Entscheidung hätte aussuchen können. Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Maßnahmen der Regierung, sondern auch angesichts der politischen Krise, in der sich die 'Congress'-Partei schon seit längerem befindet, erscheint die Verweigerung der weiteren Unterstützung der 'United Front' nicht nur unverständlich, sondern auch falsch. Zum einen hat das jüngste Wahlergebnis im Punjab klar gemacht, daß die internen Auseinandersetzungen innerhalb der 'Congress'-Partei und die Übernahme der wichtigsten Parteiämter durch Sitaram Kesri bei den Wählern kaum einen positiven Eindruck hinterlassen haben. Das Wahlergebnis macht klar, daß sich der Abwärtstrend der 'Congress'-Partei in der Wählergunst offenbar ungebremst fortsetzt. Es deutet zur Zeit nichts darauf hin, daß die 'Congress'-Partei bei möglichen Neuwahlen in der Wählergunst steigen und dadurch ihre parlamentarische Position verbessern könnte. Möglicherweise hofft Kesri, eine ausreichende Zahl von Regionalparteien und Koalitionspartnern der jetzigen Regierung dazu bringen zu können, eine zukünftige 'Congress'-Regierung zu unterstützen, doch sind die Chancen hierfür äußerst gering - insbesondere dann, wenn es Gowda gelingt, seine Koalition trotz der aktuellen Bedrohung zusammenzuhalten. Gelingt es ihm, neben seinen Koalitionspartnern noch 70 'Congress'-Abgeordnete für sich zu gewinnen, hat er gute Chancen, das bevorstehende Mißtrauensvotum zu überstehen. Es ist und bleibt daher unklar, was Kesri sich von diesem Schritt für sich und seine Partei erhofft. Es bleibt zunächst reine Spekulation, daß Kesri mit seiner Entscheidung die Regierung dazu bringen will, die gegen ihn laufenden Untersuchungen im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen einzustellen.

Nach einer etwa 10-monatigen Regierungszeit zeichnet sich

ab, daß mit der 'United Front'-Regierung zum ersten Mal seit Jahrzehnten die föderalen Strukturen des indischen Staates gestärkt wurden. Die Abhängigkeit der Koalition von einer Reihe von Regionalparteien hat die Position der einzelnen Bundesstaaten gegenüber der Zentralregierung in den letzten Monaten zweifelsohne gestärkt. Die einzelnen Ministerien haben deutlich an Gewicht gewonnen, während die Position des Premierministers beispielsweise in der Wirtschaftspolitik einen deutlichen Bedeutungsverlust erlitten hat. In ihrer kurzen Amtszeit ist es der Koalition gelungen, wichtige Eckdaten für ihre zukünftigen politischen Aktivitäten zu setzen. Innenpolitisch wäre da zunächst die Friedensinitiative für die nordöstlichen Bundesstaaten zu nennen (siehe Meldungen). Eine wichtige außenpolitische Entwicklung ist das Bemühen um bessere Beziehungen zu den südasiatischen Nachbarstaaten. Mit der Unterzeichnung des Farakka-Wasservertrages mit Bangladesch ist Ende vergangenen Jahres ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern getan worden. Nach einer mehrjährigen Pause finden zur Zeit wieder Gespräche zwischen Indien und Pakistan statt, die zumindest einen Hauch von Hoffnung auf eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen den seit 50 Jahren verfeindeten Nachbarn zu versprechen scheinen.

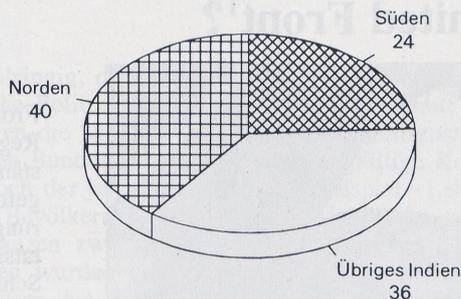
Die Verweigerung der Unterstützung der Koalitionsregierung unter Deve Gowda offenbart seitens der 'Congress-Party' einen gravierenden Mangel an Verständnis für aktuelle nationale Interessen. Offenbar nimmt die Partei ihr eigenes Machtstreben wichtiger, als die aktuellen politischen Probleme, zu deren Lösung die 'United Front' zumindest erste Schritte unternommen hat. Mittel- und langfristig spielt die 'Congress'-Partei der BJP in die Hände und erhöht deren Chancen, ihre Zahl von Parlamentssitzen bei den nächsten Wahlen deutlich zu erhöhen.

Die 'Congress'-Partei verspielt durch ihre Entscheidung den letzten Rest von Glaubwürdigkeit und ist weiter denn je von den innerparteilichen Reformen entfernt, durch die sie zu ihrer alten Stärke zurückfinden könnte. Als Alternative für eine stabile Regierung bietet sich so zunehmend nur die BJP an. Diese kann als derzeitige Oppositionspartei den aktuellen politischen Querelen gelassen zusehen und bemüht sich gleichzeitig, auf regionaler Ebene ihre Reputation zu verbessern. Ihre Beteiligung an den Landesregierungen von Uttar Pradesh und dem Punjab sind nur erste Schritte, und die vom 'Congress' ausgelöste Krise wird sie in diesem Bemühen um regionale Bündnispartner stärken.

Theo Ebberts

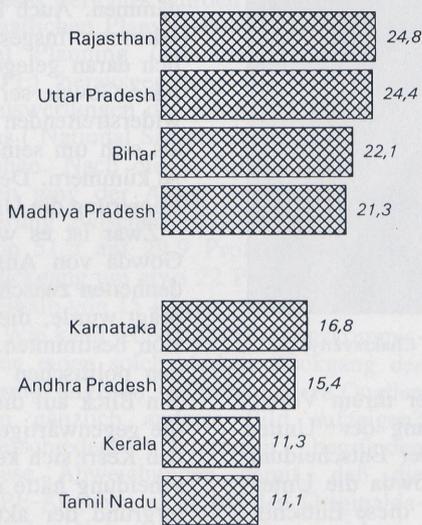
Der indische Nord Süd-Gegensatz, Teil I

Bevölkerungsverteilung
(Prozentangaben)

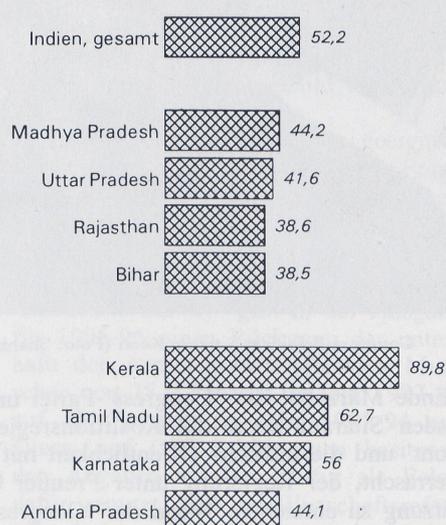


Quelle: Outlook, 21.8.1996, nach Asish Bose. Entwurf: J. Clemens

Bevölkerungswachstum
(Promille-Angaben)

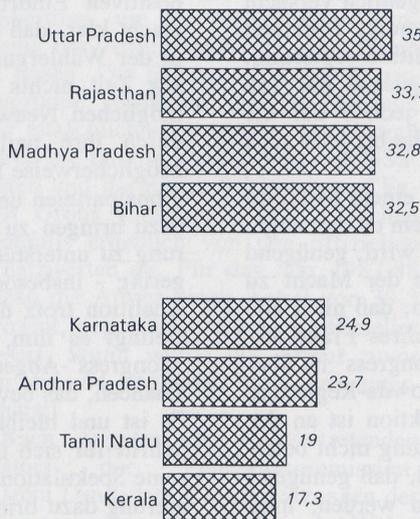


Alphabetisierungsquote
(Prozent-Angaben, der Erwachsenen)

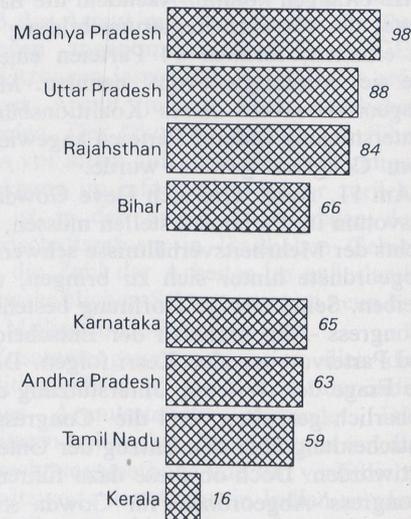


Der indische Nord Süd-Gegensatz, Teil II

Geburtenrate
(Promille-Angaben)



Säuglingssterblichkeit
(Pro Tausend Geburten)



Quelle: Outlook, 21.8.1996, nach Asish Bose. Entwurf: J. Clemens